

Peter Brinkmann



**DIE NATO-
EXPANSION**

Deutsche
Einheit und
Ost-Erweiterung

edition ost

ISBN eBook 978-3-360-51036-5

ISBN Print 978-3-360-01873-1

© 2015 edition ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Fotos: Fritz Schumann [S. 242, 247, 248](#)

Die Bücher der edition ost und des Verlages Das Neue Berlin
erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe.

www.edition-ost.de

Peter Brinkmann

Die NATO-Expansion

Deutsche Einheit und Ost-Erweiterung

edition ost

Das Buch

Hat der Westen wortbrüchig gehandelt, als er die NATO bis an die russische Nordgrenze (baltische Staaten) und an die Westgrenze (Polen) der Ex-Sowjetunion ausdehnte? Oder haben andere Länder Gorbatschows Wort, dass jeder Staat frei sei, sein Bündnis frei zu wählen, auch auf sich bezogen, obgleich der Chef im Kreml es nur auf das vereinigte Deutschland bezogen wissen wollte? Der Ursprung dieser seit Jahrzehnten geführte politische Debatte liegt in der schwankenden Haltung der sowjetischen Führung, in diffusen Erklärungen Gorbatschows, in Unterlassungssünden und eklatanten Fehlern, wie Brinkmann beim Studium von Dokumenten und Zeitzeugenberichten feststellte, die der Westen eben nutzte. Zudem: Brinkmann war 1989/90 als Journalist selbst Beteiligter, er nahm an Terminen der Weltpolitik teil. Er ist ein exklusiver Zeitzeuge und kritischer Analytiker, wie er hier erneut beweist.

Der Autor

Peter Brinkmann, Jahrgang 1945, geboren und aufgewachsen in Cloppenburg. Nach dem Abitur Bundeswehr von 1966 bis 1968 (Oberleutnant), danach, bis 1975, Studium Jura, Politik und Volkswirtschaft in Innsbruck, Münster, Hamburg und Lüneburg. Von 1975 bis 1980 journalistische Tätigkeit in Bonn (Die Welt), danach in Hamburg (bis 1987 Bild, bis 1989 Hamburger Morgenpost). 1989 wieder Bild, zunächst Ressortleiter Wirtschaft, dann akkreditierter Korrespondent in der DDR bis zu deren Ende. Anschließend Deutsch-land-Korrespondent der Bild in Berlin, dann Bonn, 1992 Büroleiter der Bild-Bonn. Von 1992 bis 1994 Chefreporter der Bild für internationale Politik (Israel, Russland, Uganda,

Namibia, Kuba, Südafrika, Iran). Von 1998 bis 2010 Chefkorrespondent des Berliner Kurier, seither freier Journalist und Moderator bei TV Berlin. Brinkmann lebt in Berlin und ist Vater von drei Söhnen.

Inhalt

Vorbemerkung

Die Mauer ist gefallen. Was nun?

Gab es eine Strategie?

Washington stellt unterdes die Weichen

Internationale Bühne

Vernon Walters ante portas

Beredtes Schweigen in Paris

Die NATO ist dafür

Bild intern

Kohls Zehn-Punkte-Plan

Sturm im Wasserglas

Deutschland ist noch immer ein besetztes Land

Moskau bleibt hart. Wirklich?

Die Gretchenfrage

Wer holte den Schlüssel zur deutschen Einheit aus Moskau: Modrow oder Kohl? Oder doch James Baker?

Kohl wandert um den Kreml

»You are out of that game«

Bush und Kohl machen unter vier Augen in Camp David alles klar

Ein klarer Deal: Kredite nur für das JA zur NATO

Sie haben nicht angerufen

Kohl: Wir müssen das Heft in der Hand behalten

»Bimbes« für Wohlverhalten

Mit de Maizière und Merkel zur Visite bei Gorbatschow

Als das Geld floss, stimmte Moskau zu: auch der Osten Deutschlands wird NATO

Schlusspunkt in Camp David

»Bimbos« bewirkt Wunder

Schewardnadse fragt: Was wird davon übrigbleiben?

Zapfenstreich für die Mark und für die DDR

Letzter Versuch

Sprachregelung und Minischlückchen

Individueller Neidfaktor und Herrschaftsanspruch

De Maizière trinkt Wein und Kohl ist auf ihn sauer

Start me up

Es geht immer nur um Geld

2+4-Vertrag: alles im Lot?

Ärger um Mitternacht

Nachklang

Strategie und Taktiker

Vorbemerkung

Es geht das Gerücht, Michail Gorbatschow habe als Generalsekretär der KPdSU die DDR für ein paar Milliarden D-Mark verkauft und dazu auch noch die furchtbare Kröte NATO schlucken müssen. Er sei über den Tisch gezogen worden. Reingelegt worden sei er von den Amerikanern George Bush, dem US-Präsidenten, und seinem Außenminister James Baker. Geholfen hätten ihm dabei zwei Deutsche: Kanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Dieses böse Quartett hätte dem Mann im Kreml für die deutsche Einheit Frieden, Zusammenarbeit und Partnerschaft versprochen, vor allem jedoch sei ihm zugesichert worden, dass die NATO sich nicht nach Osten ausdehnen werde.

Inzwischen steht die NATO an der russischen Grenze, und der Kalte Krieg erlebt eine Renaissance.

Die These von der arglistigen Täuschung der Russen ist inzwischen Gemeingut. Nicht zuletzt aus dem Umfeld von Gorbatschow wird sie immer wieder befeuert, namentlich von Valentin Falin, einst Botschafter der Sowjetunion in Bonn.¹

Was aber ist Wahrheit, was Dichtung? Was ist eine zweckdienliche Legende, mit der Fehler, gar Versagen im Nachgang kaschiert werden sollen? Handelte es sich um arglistige Täuschung oder doch nur um eine Verkennung der Realität? War's Blauäugigkeit oder Blödheit?

Tatsache ist: Das Gerangel um die deutsche Einheit 1989/90 und die damit unlösbar verbundene Frage der künftigen Bündniszugehörigkeit war ein Pokerspiel.

Ich war als Beobachter dabei. Zumindest stand ich mitunter am Spieltisch, bisweilen gelang mir sogar ein kurzer Blick in die Kulissen. Das brachte mein Beruf so mit sich. Im Herbst 1989 war ich von der DDR als

Korrespondent der *Bild* akkreditiert worden, am 9. November nahm ich an der Pressekonferenz teil, in deren unmittelbarer Folge die DDR-Grenzer die Balken hoben. Daran war ich insofern nicht ganz unschuldig, als ich Schabowski die entscheidenden Fragen gestellt hatte, ab wann, ab sofort?, und ob auch für Westberlin die von ihm präsentierte Reiseverordnung gelte. »Ab sofort, unverzüglich«, hatte dieser geantwortet, ohne die Konsequenzen seiner Ansage zu überschauen. Wie wir wohl alle in jenem Augenblick nicht. Erst als die Ostberliner an die Grenzübergangsstellen eilten und von den überraschten Grenzern den Vollzug von Schabowskis Ankündigung einforderten, dämmerte auch uns, dass nunmehr der Damm irreparabel gebrochen war. Ich stand am Brandenburger Tor und ließ die Tränen laufen.

In den folgenden Monaten – bis zur Herstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 – war ich Tag für Tag als Journalist unterwegs. Ich sprach mit Politikern und Leuten auf der Straße, saß beim DDR-Ministerpräsidenten vor der Tür oder zum Kaffee an seinem Tisch, erst bei Modrow, dann bei de Maizière, hörte zu, was dessen stellvertretende Regierungssprecherin Angela Merkel zu sagen hatte und kam manchmal aus dem Staunen nicht mehr heraus. Ich saß mit im Flugzeug, wenn DDR-Delegationen nach Moskau oder in andere Hauptstädte unterwegs waren. Es wurde Geschichte gemacht, ohne dass man sich dessen im Moment des Stattfindens der Gespräche und Begegnungen bewusst gewesen ist.

Dieses Gefühl stellte sich erst später ein, als ich meine Aufzeichnungen wieder in die Hand nahm und die Bänder abhörte. Und heute sieht und wichtet man vieles noch ganz anders, weil man inzwischen auch mehr weiß.

Dieses ereignisreiche, spannende Jahr nahm ich aus gegebenen Anlass noch einmal in den Fokus. Nicht vordringlich deshalb, um öffentlich Mitteilung zu machen, was ich in jenen Monaten alles erlebt hatte, was ich gesehen und mit wem ich gesprochen hatte, sondern um ein Bild von den politischen Prozessen zu zeichnen – soweit dies inzwischen möglich ist –, die zu jener Lage führten, die uns heute beschäftigen. Im Guten wie im Schlechten.

Ich habe neben meinen eigenen Aufzeichnungen mir zugängliche Quellen studiert, Protagonisten von damals konsultiert und Bücher gelesen,

in denen Akteure von einst ihr Wissen weitergegeben haben. Daraus gewann ich ein sehr detailliertes, farbiges Bild, wie es möglicherweise in dieser Form bislang noch nicht existiert. Aus verschiedenen, oft subjektiven Sichten entstand eine annähernd objektive Wertung, die umlaufende Einschätzungen und Urteile relativiert, einordnet oder auch manches Zitat kritischer sehen lässt.

Auch meine Darstellung ist nicht die absolute Wahrheit, die wird es ohnehin nicht am Stück geben, manches liegt noch unentdeckt in den Archiven oder ist von Beteiligten mit ins Grab genommen worden. So bleibt denn noch immer ein Rest an Geheimnis.

Peter Brinkmann

Berlin, im Herbst 2015

*Die Wiedervereinigung ist Sache der Deutschen und nur der Deutschen.
Sie kann nicht schematisch vollzogen werden.
Bei der Wiedervereinigung müssen die sozialen Errungenschaften der
Werk tätigen der DDR erhalten bleiben.*

Nikita Chruschtschow, 1955²

*Die Deutschen haben ein Recht darauf, über ihr eigenes nationales
Schicksal zu entscheiden.*

Michail Gorbatschow, 1989³

Die Mauer ist gefallen. Was nun?

Gorbatschow begriff wahrscheinlich schneller als alle anderen, dass die Entwicklung in der DDR auf deren Ende und damit auf die deutsche-deutsche Vereinigung hinauslaufen würde. Ihm war bewusst, dass er allein den Schlüssel dazu in der Hand hielt und auch am Hebel saß, um die Dinge zu beschleunigen oder zu bremsen. So jedenfalls schrieb er zehn Jahre später:

»Im Herbst 1989 wurde die deutsche Frage im Grunde genommen zum zentralen Problem der Weltpolitik. Das waren meine Grundpositionen zur Lösung der deutschen Frage, die mein ganzes weiteres Verhalten im Laufe der Wiedervereinigung bestimmten:

1. der Moralische: Ich hielt es vom moralischen Standpunkt aus für unzulässig, die Deutschen ewig zur Spaltung der Nation zu verurteilen und immer neuen Generationen die Schuld für die Vergangenheit aufzubürden.

2. der Politische: Das Streben der Deutschen nach der Einheit konnte nur vereitelt werden, wenn die in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte eingesetzt würden. Das aber hätte das völlige Scheitern aller Bemühungen zur Beendigung des Kalten Krieges und des nuklearen Wettrüstens bedeutet. Und der Perestroika wäre ein nicht wieder gut zu machender Schlag versetzt worden.

3. der Strategische: Die Anwendung von Gewalt gegen die Bevölkerung der DDR und die Unterdrückung des demokratischen Strebens nach Wiedervereinigung hätten für lange Zeit die Beziehungen zwischen unseren Völkern vergiftet und den natürlichen Interessen Russlands unermesslichen Schaden zugefügt.«⁴ Das schrieb er 1999.

Nun kann man, das Jahr des Erscheinens dieser Erinnerungen vor Augen, einwenden, dass dies eine nachträgliche Interpretation sei. Und so

ganz unbegründet ist das wohl auch nicht, wenn man denn sein Agieren in jenen Monaten genauer betrachtet. Denn nachdem auch dem Westen klargeworden war, dass die deutsche Einheit auf die historische Agenda gerückt schien, stellte sich zwingend die Frage nach der künftigen Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschland. Die Bundesrepublik gehörte zur NATO, die DDR zum Warschauer Pakt. Bei einer Vereinigung der beiden Deutschländer würde nolens volens das Territorium der Ex-DDR aus dem Warschauer Pakt ausscheiden. Denn dass sich die NATO auflösen würde, schien unwahrscheinlich. Eher stand das östliche Bündnis, der Warschauer Vertrag, zur Disposition. Neutrale 108.000 Quadratkilometer in Zentraleuropa waren absolut undenkbar. Die BRD gehörte seit Mitte der 50er Jahre dem westlichen Militärbündnis an – jeder Realpolitiker schloss daraus messerscharf, dass bei einer Vereinigung auch der Osten Deutschlands in die NATO einbezogen werden würde.

Moskau vulgo Gorbatschow hatte damals offenkundig nichts gegen eine deutsche Vereinigung, wohl aber etwas gegen die Ausdehnung der NATO bis an Oder und Neiße. Horst Teltschik, in jener Zeit Kanzler Kohls wichtigster Denker und Berater in außenpolitischen Fragen, sagte dazu auf einer Veranstaltung in Berlin Anfang 2015: »Weil Gorbatschow in dieser Frage beim Nein blieb, mussten wir ihm Angebote machen. Das taten wir. Wir umwarben ihn, veränderten unsere militärischen und politischen Doktrinen, passten sie den Realitäten an, und so gab er langsam nach. Am Ende wurde aus dem Nein ein Ja.«⁵

Daraus lässt sich schließen, dass sich Bonn – im weitesten Sinne »der Westen«, denn die Bundesrepublik konnte schlechterdings die Ausrichtung des Bündnisses nicht allein »verändern« – ausschließlich auf die Herstellung der Einheit fokussierte, diesem Ziel alles unterordnete.

Die Einheit war das einzige Ziel.

Dem widersprechen Aussagen, die etwas anderes als Ziel benennen. Primär sei die Herausdrängung der Sowjets aus Zentraleuropa und die Wiederherstellung eines geopolitischen Zustandes auf dem Kontinent gewesen, der der Lage vor dem Zweiten Weltkrieg entspräche. Wenn dies die eigentlichen politischen Intentionen – die man insbesondere in Washington verortete – gewesen sein sollten, dann wäre die deutsche

Einheit nicht das Ziel, sondern allenfalls ein taktischer Schritt auf dem Weg dorthin gewesen.

Nun ist fast jede Entscheidung mit dem Schicksal gestraft, später so oder so interpretiert werden zu können. Ein typisches Beispiel dafür erlebte ich mit Schabowski, den ich Ende 2010 in der Klinik in Bad Hersfeld besuchte. Der einstige Chefredakteur des *Neuen Deutschland* war nach dem Ende der DDR zu seinen journalistischen Wurzeln zurückgekehrt. Er hatte in Hessen mit einem westdeutschen Verleger eine lokale Wochenzeitung gegründet und dort lange gearbeitet, was erklärte, dass er sich in der Region auch medizinisch versorgen ließ, als dies nach Herzinfarkt und Schlaganfall sowie bei Gallenproblemen notwendig wurde. Später sollte noch Demenz hinzukommen. Als ich damals mit ihm sprach, war er zwar körperlich geschwächt, doch wachen Sinnes, und ich räume ein, dass wir seit dem 9. November 1989 auf symbiotische Weise verbunden schienen, weshalb ich das Privileg besaß, überhaupt vorgelassen zu werden. In jenem Gespräch, das ich auch aus Anlass des 20. Jahrestages der deutschen Einheit mit ihm führte, nannte Schabowski den 9. November die »Korrektur« seines Lebens. Er habe jene Ansage bei der Pressekonferenz mit Vorsatz gemacht – was ich nun damals wahrlich nicht so empfunden hatte. Zwanzig Jahre später sagte er jedoch mit schwacher Stimme, aber fester Überzeugung: »Es war kein Irrtum von mir. Ich hatte mich entschlossen zu handeln. Ein Teil der Leute, die um mich herum waren, waren anderer Ansicht. Doch ich habe gesagt: Verdammt noch mal, wir müssen etwas ändern. Und ich tat es. Ich bin in die Pressekonferenz mit dem festen Vorsatz gegangen: Es muss sich was ändern, und ich muss handeln. Ich habe mich nicht verhaspelt, ich habe mich nicht geirrt, schon gar nicht war ich verwirrt. Ich hatte mir das genau überlegt. Ich wollte ein Ende machen mit dem ganzen Durcheinander. Ich habe es so gemacht, wie ich es wollte. Genauso wie ich es wollte. Krenz und die anderen dagegen wollten nicht konsequent sein. Verdammt noch mal. So ist es: Ich habe es genauso gemacht, wie ich es wollte!«⁶

Wie also Schabowskis Versprecher, der Weltpolitik machen sollte, zur nachträglichen Umdeutung freigegeben war, so geschah und geschieht das auch mit anderen historischen Momenten.

In Washington war es 20 Uhr, in Berlin morgens 2 Uhr am 10. November 1989, als der US-Außenminister vor die Kameras von *ABC-Primetime Live* trat. James Baker erklärte: »Es war vierzig Jahre die Politik der NATO und der USA, die Politik der Wiedervereinigung Deutschlands zu verfolgen. Das ist unsere Politik.«⁷

Seit wenigen Stunden erst strömten Ostberliner nach Westberlin, es lagen noch keine offiziellen Stellungnahmen aus europäischen Hauptstädten vor, aber der Führungsmacht der NATO war bereits klar, dass dies erstens die »Wiedervereinigung Deutschlands« bedeutete. Und zweitens reklamierten die USA dies als Erfolg ihrer und der Politik der NATO. Vierzig Jahre habe man darauf hingewirkt. – In der Tat: Die Unterzeichnung des Nordatlantikpaktes war vor vier Jahrzehnten am 4. April 1949 erfolgt ...

Damit legte Washington seine erste Poker-Karte auf den Tisch, das Spiel war eröffnet. Bakers Erklärung war eine Botschaft an die Welt, nämlich: Ohne die USA und ohne die NATO wird es keine deutsche Einheit geben. An allen weiteren politischen Schritten werden die USA und ihr militärpolitisches Bündnis beteiligt sein.

Weder in Moskau noch in anderen Hauptstädten registrierte man diese apodiktische Ansage. Sie ging schlicht unter. In Ostberlin wurde man sich erst im Laufe des neuen Tages überhaupt bewusst, dass man etwas getan hatte, was man gar nicht hätte tun dürfen. In Berlin haben unverändert die vier Siegermächte das Sagen. Weder wurde mit Deutschland bzw. den beiden deutschen Staaten jemals ein Friedensvertrag geschlossen, noch besaßen sie volle Souveränität, auch wenn diese irgendwann in den 50er Jahren formal erklärt worden war.

Egon Krenz, seit Mitte Oktober Nachfolger von Staats- und Parteichef Erich Honecker, informierte Gorbatschow in einem Staatstelegramm über die entstandene Lage. »Ich bitte Sie, lieber Michail Sergejewitsch, den Botschafter der UdSSR in der DDR zu beauftragen, unverzüglich mit den Vertretern der Westmächte in Berlin-West Verbindung aufzunehmen, um zu gewährleisten, dass sie die normale Ordnung in der Stadt aufrechterhalten und Provokationen an der Staatsgrenze seitens Berlin-West verhindern.«⁸

Auch Bonn war sich der außenpolitischen Implikationen bewusst. Bundeskanzler Helmut Kohl beauftragte darum zur selben Stunde Kanzleramtsminister Rudolf Seiters, mit den Botschaftern der drei Westmächte zu sprechen.⁹ Vierzehn Stunden nach der Grenzöffnung redeten diese bereits von »freien Wahlen« in der DDR.

Gorbatschow telefonierte nacheinander mit Präsident François Mitterrand, mit Premierministerin Margaret Thatcher und Präsident George Bush. Die vier Siegermächte versuchten ihre seit 1945 ausgeübte Rolle wieder wahrzunehmen.

Gorbatschow, ein Telefonat mit Kohl repetierend, machte seine ablehnende Haltung gegenüber einer deutsch-deutschen Vereinigung deutlich: »Wenn aber in der BRD Erklärungen laut werden, die auf ein Anheizen der Emotionen im Geiste der Unversöhnlichkeit gegenüber den Nachkriegsrealitäten, das heißt der Existenz zweier deutscher Staaten, abzielen, dann können solche Erscheinungen politischen Extremismus nicht anders eingeschätzt werden denn als Versuche, die sich jetzt in der DDR dynamisch entwickelnden Prozesse der Demokratisierung und Erneuerung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu untergraben. Mit Blick auf die Zukunft kann dies eine Destabilisierung der Lage nicht nur im Zentrum Europas, sondern auch darüber hinaus nach sich ziehen.«

Diese Position wurde offensichtlich nicht von allen in seiner Umgebung geteilt. Der Botschafter der Sowjetunion in Bonn, Julij Kwizinskij, schrieb zu gleicher Zeit aus Bonn an seinen Chef, Außenminister Eduard Schewardnadse: Die Existenz der DDR sei nur noch eine Frage der Zeit. Darum schlage er eine Konföderation der beiden Staaten vor.

Schewardnadse folgte ihm. Allerdings war diese Idee in der sowjetischen Führung nicht mehrheitsfähig. Kwizinskij's Feststellung, »Wer jetzt nicht nach Westen geht, muss den Sozialismus schon sehr lieben und an ihn glauben«, ändert nichts an dem Moskauer Diktum, dass man die DDR nicht aufgeben werde.

An jenem 10. November 1989 versammelten sich am frühen Abend vor dem Rathaus Schöneberg im Westteil Berlins Tausende aus Ost und West. Kohl, der seinen Besuch in Polen unterbrochen hatte, bekam Pfiffe und ein Telegramm von Kwizinskij, das dieser fernmündlich an Teltshik

übermittelte, der auftragsgemäß den Inhalt an den Kanzler weiterreichte. Tatsächlicher Urheber der Botschaft war Gorbatschow.

Der ließ unter anderem besorgt anfragen, ob es zuträfe, dass empörte Menschen Einrichtungen der Sowjetarmee in der DDR stürmten? Später sollte sich herausstellen, dass Gorbatschow Opfer einer Fehlinformation geworden war, woran für Kohl kein Zweifel bestand, wie er sich erinnerte. »Ich stand eingezwängt auf dem Balkon des Schöneberger Rathauses und hatte keine Möglichkeit, Gorbatschow persönlich anzurufen – zumal es so ausgesehen hätte, als würde ich vor dem Pöbel zurückweichen, wenn ich die Balustrade verlassen hätte. Ich habe Gorbatschow ausrichten lassen, er habe mein Wort, dass diese Befürchtungen nicht zuträfen. Die Stimmung sei wie bei einem Familienfest, kein Mensch dürfe daran, den Aufstand gegen die Sowjetunion zu proben.«¹⁰ Kohl fügte sodann noch ein Detail hinzu, was aber für den Fortgang der Geschichte allenfalls den Charakter einer Petitesse besitzt und wohl mehr der postumen Aufwertung der Rolle eines Freundes diene: »Wie Michail Gorbatschow mir später sagte, habe er daraufhin den Machthabern in Ost-Berlin unmissverständlich signalisiert, dass die Sowjetunion nicht wie am 17. Juni 1953 mit Panzern eingreifen werde. Ich bin Gorbatschow noch heute sehr dankbar dafür, dass er nicht den Scharfmachern Gehör geschenkt hat, sondern vernünftigen Argumenten zugänglich war. Es ist ihm gar nicht hoch genug anzurechnen, dass er, vor die Entscheidung gestellt, die Panzer in der Kaserne zu lassen oder sie rollen zu lassen, sich für die friedliche Lösung entschied.«

Eine solche Absicht hatte in Berlin, in der DDR-Führung, nie ernsthaft bestanden. »In den Panzerschränken des Oberkommandos der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Wünsdorf«, so erinnerte sich Egon Krenz, »lagen militärischen Einsatzpläne vor« für den Fall, dass es gewaltsame Mauerdurchbrüche gäbe.¹¹ Das Problem hatte sich jedoch nicht dadurch erledigt, dass die Mauer nunmehr offen war. Das verriet 1997 Wjatscheslaw Kotschemassow, im Herbst 1989 Botschafter in Ostberlin, acht Jahre später dem *Spiegel*. Auf dessen Frage, ob Moskau die Anwendung von Gewalt erwogen habe, antwortete er nämlich: »In der dramatischen Phase haben unsere Generäle im Oktober und November 1989 einen militärischen Eingriff erwogen und angeboten.«¹² Allerdings, und das relativiert nun

wirklich die vermeintliche Intervention Gorbatschows, hatte bereits Mitte Oktober Krenz – in Kenntnis, dass die Sowjettruppen alljährlich im Herbst ihre Manöver abhielten – bei Kotschemassow nachgesucht, »seinen Einfluss zu nutzen, damit die sowjetischen Panzer in ihren Kasernen bleiben. Gleiches besprach Fritz Streletz (*das war der Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates – P. B.*) mit dem Oberkommandierenden der sowjetischen Truppen in Wünsdorf, Armeegeneral Snetkow.«¹³ Also alles nur heiße Luft.

Dramatisch hingegen war etwas anderes.

Kohl hatte, trotz der kurz zuvor übermittelten Warnung aus Moskau, die »Einheit der Nation« beschworen und dafür Pfiffe aus der Menge erhalten – vom »linken Pöbel«, wie er in einem Telefonat US-Präsident Bush wissen ließ.¹⁴

Außenminister Genscher musste dafür anderentags bei Schewardnadse um Gutwetter bitten. »Wir wollen die Lage keineswegs einseitig ausnutzen.« Schewardnadse darauf: »Leider waren in der Rede Kohls gestern Abend in Berlin Thesen enthalten, die zu Besorgnis Anlass geben.«

Gab es eine Strategie?

In der politischen Klasse der Bundesrepublik offenkundig nicht. Bonn schien überrumpelt.

Walter Momper (SPD), Regierender Bürgermeister in Berlin, hatte Kohl vorgeworfen, dass dieser nicht begriffen habe, was sich in der DDR abspiele. Die Menschen in der DDR interessiere nicht die Wiedervereinigung. Die neugewonnene Identität des DDR-Volkes möge Kohl zwar nicht passen, sie sei aber Realität. Daraufhin war der Kanzler verärgert vom Rathaus Schöneberg zu einer CDU-Kundgebung auf dem Breitscheid-Platz davongerauscht. Zuvor hatte er noch Walter Momper mit der Bemerkung empört niederzuzischen versucht: »Lenin spricht, Lenin spricht!«¹⁵ Auch der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth (CDU), war überzeugt, dass die Mehrheit der DDR-Bürger einen Anschluss an die Bundesrepublik nicht wünsche.

Helmut Kohl, das hatte er Krenz in einem Telefonat am 11. November zu verstehen gegeben, wollte auf keinen Fall nach Ostberlin kommen.¹⁶ Eine Stunde nach diesem Gespräch rief Kohl bei Gorbatschow in Moskau an. Der Kanzler redete mit Engelszungen und versuchte Gorbatschow zu beruhigen. Er wollte, wie aus den Protokollen herauszulesen ist, den Eindruck verwischen, dass er mit Macht und Gewalt die Einheit anstrebe. Da war er ein braver Schüler Talleyrands: Die Sprache ist dem Menschen gegeben, um seine Gedanken zu verbergen. Denn nichts anderes als die Einheit wollte Kohl bereits zu jenem Zeitpunkt. Darum überhörte er Gorbatschows Vorschlag geflissentlich, dass man ein Dreieck bilden müsse zwischen der Bundesrepublik, der DDR und der Sowjetunion, in dem alles ausbalanciert und ausgewogen sein müsse.

An jenem 11. November, einem Samstag, fuhr ich von Berlin nach Hamburg zurück. In der Redaktion berichtete ich, dann wechselte ich daheim die Wäsche. Am Sonntag in aller Frühe kehrte ich nach Berlin zurück.

Die Kontrolle an der Grenze verlief wie stets. Die DDR-Grenzer waren nur minimal freundlicher, sie machten ihren Job wie immer, als sei in dieser Woche nichts Besonderes geschehen. Ich vermutete, dass die Einfuhr eines Funktelefons in die DDR unverändert verboten war, weshalb ich den klobigen Kasten unter den Beifahrersitz geschoben hatte in der Annahme, dass man mich weder danach fragen noch suchen würde. Und so war es auch.

Im Nachhinein muss ich eingestehen, dass wir Westjournalisten – und damit ging es uns wohl wie der übergroßen Mehrheit der Deutschen – nicht wussten, was in jenen Tagen tatsächlich in den politischen Kanälen lief. Wir fixierten uns auf die keineswegs unwichtigen, aber doch sehr vordergründigen Fragen, ob etwa die Grenze wieder dichtgemacht werden könnte, ob geschossen oder sonstwie gewaltsam die Entwicklung aufgehalten oder gar umgekehrt werden könnte. Die übliche Kaffeesatz-Leserei eben.

Nach Jahresfrist interviewte ich Egon Krenz, inzwischen bar jeglichen politischen Amtes und von seiner in PDS umbenannten Partei ausgeschlossen. Auch da noch beschäftigte mich die Frage, ob in jener Nacht vom 9. auf den 10. November die Möglichkeit bestanden habe, dass der Staat DDR sein Gewaltmonopol eingesetzt hätte. »Die Gefahr bestand darin, dass durch diese nicht vorbereitete Situation eine Katastrophe hätte eintreten können«, so Krenz. »Ich meine, es galt glücklicherweise mein Befehl vom 3. November, dass beim Eindringen von Demonstranten ins Grenzgebiet die Anwendung der Schusswaffe verboten ist. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.«¹⁷

Als ich am Sonntag in Berlin eintraf, hatte ich eine Reihe Aufträge der Redaktion im Gepäck. Vor allem sollte ich mich erneut um eine Akkreditierung in der DDR bemühen, früher war der Antrag stets abgewiesen worden. Nein, ein Büro der *Bild* wollte man in der DDR-Hauptstadt ums Verrecken nicht. Jetzt aber schienen die Bedingungen sich

zu verbessern. In Hamburg leitete ich die Wirtschaftsredaktion der Zeitung, zugleich firmierte ich als »Korrespondent *für* die DDR«. Nunmehr wollte ich Korrespondent *in* der DDR werden. Für wie lange – das stand in den Sternen. Obgleich kein gläubiger Mensch, war ich mir sicher, dass nicht einmal der liebe Gott augenblicklich wusste, ob dem zweiten deutschen Staat noch ein Leben beschieden sei, und falls ja, wie lange dieses währen würde.

Noch rechtzeitig traf ich auf dem Potsdamer Platz ein. Die sonst tote Brache zwischen Kulturforum im Westen und dem Haus der Ministerien auf DDR-Seite wurde von der Mauer geteilt. Ein Autokran hob ein Mauerstück an, auf beiden Seiten des Walls nahm das Gedränge zu. Walter Momper, der Regierende, und sein Ostberliner Amtskollege Erhard Krack öffneten Punkt 8 Uhr – wir befanden uns in Preußen – einen neuen Grenzübergang.

Am Abend besuchte ich die Party in der Deutschlandhalle am Fuße des Funkturms. Joe Cocker rührte in den überfüllten Saal, Udo Lindenberg tänzelte über die Bühne und Marius Müller-Westernhagen trieb vielen Tränen ins Gesicht: »Freiheit, Freiheit ist das Einzige, was zählt.«

Weniger sentimental ging es bei den Berliner Philharmonikern zu: Auch dort, beim Sonderkonzert, drängten sich die Massen aus West- und aus Ostberlin.

Die Grenze war seit 72 Stunden offen ...

Washington stellt unterdes die Weichen

Am Abend des 11. November lud Marlin Fitzwater ins Oval Office des Weißen Hauses. Der glatzköpfige, stämmige Endvierziger diente schon Präsident Reagan als Pressesprecher, Nachfolger Bush beließ ihn in der Funktion des *White House Press Secretary*. Die Journalisten und Fernsehreporter erlebten einen sichtlich um Gelassenheit bemühten Präsidenten, doch die aufmerksamen Beobachter registrierten durchaus, dass George Bush ziemlich nervös an seinem Füllfederhalter drehte.

Der ehemalige CIA-Direktor Bush hatte sich bereits Vorwürfe anhören müssen. Wieso habe er sich nicht unverzüglich nach Berlin begeben, der Präsident müsse Flagge zeigen und die Lücken in der Mauer persönlich in Augenschein nehmen. Bush reagierte besonnen wie Kennedy 1961 bei der Errichtung der Mauer. Der hatte sich auch nicht zu einem demonstrativen Auftritt überreden lassen und war erst zwei Jahre später nach Westberlin geflogen. Bush dachte zudem strategisch: Er wollte in dieser Situation die Russen nicht verärgern und sie ihre Niederlage durch eine Demonstration des Triumphes spüren lassen. Bush brauchte Gorbatschow – auch für den denkbaren Fall, dass die Falken im Kreml versuchten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Also musste er wohl oder übel die Vorhaltungen und Forderungen aus dem westlichen Lager und im eigenen Hause aus- und also stillhalten. Wiederholt erklärte er öffentlich wie auch im privaten Kreis: »Ich werde nicht auf der Mauer tanzen.« Keine Frage: Auch Washington war sich nicht sicher, dass die Prozesse bereits unumkehrbar waren. Sicherheitsberater Brent Scowcroft versteckte sich hinter der Erklärung, die von der DDR gewährte Freizügigkeit sei noch längst kein Grund anzunehmen, dass Moskau oder Ostberlin »das ostdeutsche Volk seinen eigenen Weg und

damit den Staat zum Teufel gehen« ließen. Entweder konnte Bushs Berater sich nicht vorstellen, dass Gorbatschow die DDR aus dem Warschauer Pakt entlassen würde (»Nichts hat sich an der grundlegenden Tatsache, dass Ostdeutschland ein kommunistischer Staat im sowjetischen Machtbereich ist, geändert, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird es auch immer so bleiben«), oder Scowroft sagte so etwas aus taktischem Kalkül. Oder um im Bild zu bleiben: Er pokerte mit.

Auf diplomatischen Kanälen allerdings, so ließ der sowjetische Botschafter Kotschemassow Staats- und Parteichef Krenz am Abend des 12. November wissen, machten die Amerikaner Druck: Sie wünschten, dass die Mauer am Brandenburger Tor geöffnet werde. Ohne es explizit zu sagen, ahnten Kotschemassow und Krenz, was der Grund für diese »Bitte« war. US-Präsident Reagan hatte bei seinem Besuch am 12. Juni 1987 in Westberlin, mit dem Brandenburger Tor im Rücken, den Satz ausgerufen: »Mr. Gorbachev, tear down this wall!«.

Diese symbolträchtige »Berlin Wall Speech« sollte sich nun erfüllen. Auf einen Grenzübergang mehr oder weniger kam es jetzt gewiss nicht mehr an. Also auf damit!

Egon Krenz reagierte auf dieses Ansinnen sowohl mit dem Hinweis, dass diese Frage aus Sicherheitsgründen in Moskau entschieden werden müsse, schließlich befände sich unweit des Tores die sowjetische Botschaft, als auch mit einem Zitat des Bundespräsidenten. Richard von Weizsäcker. Der hatte einmal gesagt: »Die deutsche Frage ist so lange offen, wie das Brandenburger Tor geschlossen ist.«

Womit Egon Krenz deutlich machen wollte, dass die deutsche Zweistaatlichkeit nicht zur Disposition stehe und er darum dagegen sei.

Diese Bemerkung des Bundespräsidenten hatte übrigens auch Reagan 1987 in seine Rede vom Brandenburger Tor eingebaut und pathetisch fortgeführt: »Es ist nicht die deutsche Frage allein, die offen bleibt, sondern die Frage der Freiheit für die gesamte Menschheit.«¹⁸

Wenn sich Ostberlin und Moskau dessen erinnert hätten, wäre ihnen bewusst geworden, dass es nicht um irgendeinen Grenzübergang mehr oder weniger ging. Der Wunsch Washingtons griff weiter.